

# Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 1/2018 – 19. Februar 2018



## Inhalt

- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Kinder und Jugendliche
- » Informationen zur Versorgung von Geflüchteten
- » Angestellte
- » Niedergelassene
- » Kostenerstattung
- » Rechtliches
- » Aus der DGVT
- » Regionales
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung

## Fach- und berufspolitische Informationen

- **Nutzen und Risiken von psychotherapeutischen E-Health-Angeboten – Expertinnen-Interview mit Dr. Silja Samerski, Universität Bremen**  
Die zunehmende Digitalisierung des Gesundheitswesens ist nicht nur in technischer Hinsicht ein komplexes Geschehen, sondern erfordert auch eine Auseinandersetzung mit den damit verbundenen rechtlichen, ethischen und sozialen Aspekten. In Deutschland ist Online-Psychotherapie unter anderem wegen der rechtlichen Bedenken (vgl. u.a. die Berufsordnungen der Psychotherapeutenkammern) noch nicht Bestandteil der Regelversorgung, sondern wird derzeit lediglich im Rahmen von Forschungsprojekten angeboten. Der DGVT-Berufsverband hat Frau Dr. Silja Samerski im Februar 2018 interviewt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kostenerstattung - Der Druck auf die Kassen steigt! SPIEGEL online berichtet über DGVT-BV-Projekt "Kassenwatch"**  
SPIEGEL online hat am 12.2.2018 einen Artikel zu der Psychotherapie-Reform und den Auswirkungen für die Patient\*innen veröffentlicht, in dem eine Recherche unter DGVT-Kolleg\*innen von unserem Mitglied Felicitas Bergmann und unser Kassenwatch-Projekt besprochen werden. Der SPIEGEL titelt "Umstrittene Psychotherapie-Reform - Patienten sind in einer Schleife gefangen". Der DGVT-Berufsverband setzt der zum Teil deutlichen Verweigerungs-Haltung der Kassen etwas entgegen:

Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Aktuelle Informationen zum DGVT-BV-Projekt Kassenwatch finden Sie [hier](#).

- **SWR2-Interview mit Felicitas Bergmann (Projekt-Beauftragte „Kassenwatch“): Langes Warten auf Psychotherapieplatz**

Der SWR2 widmet sich der Reform der Psychotherapie-Richtlinie 2017, die doch eigentlich dazu führen sollte, dass Patient\*innen schneller psychotherapeutische Hilfe bekommen. Was hat die Reform gebracht? Der SWR sprach mit der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin Dr. Felicitas Bergmann, Projektbeauftragte der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie. Das Radio-Interview vom 14.2.2018 finden Sie [hier](#).  
Der SWR hat das Thema Psychotherapie auf seiner Internetseite in weiteren Artikeln aufbereitet. Darunter findet sich auch nochmals das o.g. [Interview](#).
- **Krankenhausstatistik wird weiterentwickelt**

Die Krankenhausstatistik beschreibt die Situation der Krankenhäuser und Versorgungseinrichtungen und bildet ab, wie die Patient\*innen die Einrichtungen nutzen. Sie erfasst ab 2018 auch ambulante Leistungen. Ende 2019 liegen erste Ergebnisse der neuen Erhebung vor.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Innovationsfonds fördert 10-Jahres-Evaluation von Gesundes Kinzigtal**

Der Innovationsausschuss des Gemeinsamen Bundesausschusses fördert das Evaluationsprojekt INTEGRAL der Gesundes Kinzigtal GmbH für zwei Jahre mit insgesamt 528.513 Euro. Im Rahmen von INTEGRAL wird die populationsorientierte Integrierte Versorgung Gesundes Kinzigtal für die Jahre 2005 bis 2015 umfassend und im Vergleich zur Regelversorgung durch verschiedene Universitäten evaluiert. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **Drogenpolitik bleibt zentrale Aufgabe für Bund und Länder**

Seit dem 14. Dezember 2017 ist der jährlich erscheinende „Bericht zur Drogensituation in Deutschland“, früher unter dem Namen „REITOX-Bericht“ bekannt, online verfügbar. Das Standardwerk zur Situation illegaler Drogen in Deutschland liefert in acht thematisch in sich geschlossenen Kapiteln umfangreiche Informationen zu den verschiedenen Aspekten des Phänomens illegale Drogen in Deutschland. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **Modellprojekte für den freien Cannabis-Konsum**

Die FDP-Fraktion spricht sich dafür aus, Modellprojekte für den freien Cannabis-Konsum zu ermöglichen. Der Kampf gegen den Cannabis-Konsum durch Repression sei gescheitert. Es sei an der Zeit, neue Wege in der Suchtprävention bei Cannabis zu beschreiten, heißt es in einem Antrag der Fraktion. Diese bedürften aber einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage. Das Ziel müsse sein, die Verbreitung von Cannabis zu kontrollieren und den Gesundheits- und Jugendschutz in der Bevölkerung zu verbessern. Die Bundesregierung wird in dem Antrag aufgefordert, die Grundlage für die Genehmigung von Modellprojekten zur kontrollierten Abgabe Cannabis als Genussmittel zu schaffen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Initiative 500plus**

Mit der Initiative 500plus des Arbeitgeber-Service für schwerbehinderte Akademiker der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) möchte die Bundesagentur für Arbeit (BA) 500 Beschäftigungsmöglichkeiten für qualifizierte Menschen mit Schwerbehinderung eröffnen – und damit 500 zusätzliche Chancen. Hierfür können sich Unternehmen mit einer entsprechenden Stellenbeschreibung für einen zunächst auf zwei Jahre eingerichteten Arbeitsplatz an die BA wenden. Diese schlägt geeignete Bewerber/\*innen vor und zeigt die individuellen Möglichkeiten auf, wie die Beschäftigung durch einen Gehaltskostenzuschuss gefördert werden kann. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Altenpflege - Aus den Teufelskreisen ausbrechen**

Ausgerechnet in einer der Branchen mit dem stärksten Beschäftigungswachstum ist es um den kollektiven Zusammenhalt der Beschäftigten schlecht bestellt. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der

Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie zur Altenpflege. Im Interview erläutert der Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder Ansatzpunkte für notwendige Veränderungen.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Lohnt sich ein Krankenkassenwechsel?**  
Für diejenigen, die freiwillig gesetzlich versichert sind, könnte sich dieses Jahr ein Wechsel der Krankenkasse eventuell lohnen. [Hier](#) einige interessante Hinweise aus dem „Finanztip-Newsletter“ vom 2.1.2018. Versicherte dürfen in jede Kasse eintreten, die in dem Bundesland geöffnet ist, in dem sie entweder wohnen oder arbeiten. Für Kolleg\*innen in Baden-Württemberg und Thüringen z.B. ist die Metzinger BKK die günstigste Kasse – sie erhebt 2018 keinen Zusatzbeitrag, d.h. es bleibt beim allg. Beitragssatz von derzeit 14,6 % des Bruttoeinkommens.  
Einige Berechnungsbeispiele für den Krankenkassenbeitrag für Selbstständige (mit und ohne Krankengeld) finden sich [hier](#).  
Achtung: Wer Krankenkassenbeiträge spart, muss mehr Steuern zahlen. Dadurch fällt die Ersparnis letztlich dann doch geringer aus.
- **Besser nicht privat versichert!**  
Private Krankenversicherung – das klingt nach Luxusversorgung. Die hohen Preise rechtfertigt das nicht. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **BTHG-Beratung: Veröffentlichung der geförderten Beratungsstellen**  
Seit dem 02.01.2018 hat die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung einen neuen und eigenständigen Internetauftritt. Auf dem barrierefreien Web-Portal werden fortlaufend Informationen zu den geförderten regionalen Beratungsangeboten veröffentlicht, die über die Postleitzahl oder das Bundesland zu finden sind (Stand 20.12.2017). Diese sind [hier](#) zu finden.  
Da noch nicht alle Förderungen bewilligt sind, ist darauf zu achten, nicht vor der Bewilligung mit der Maßnahme zu beginnen, d.h. keinerlei Verpflichtungen vor dem Vorliegen der Bescheide (Personalverpflichtungen, Anmietung von Räumlichkeiten etc.) einzugehen. Ein Maßnahmebeginn vor dem Bewilligungsbescheid kann zum Ausschluss einer Bewilligung führen.  
Weitere Informationen können [hier](#) oder [hier](#) eingesehen werden:
- **Statuskonferenz „Gesundheitsförderung und Prävention in der stationären Pflege“**  
Am 2. November 2017 veranstaltete die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung (BVPG) eine Statuskonferenz zu „Gesundheitsförderung und Prävention in der stationären Pflege“ in Berlin. Einen detaillierten Statusbericht finden Sie [hier](#) (unter der Rubrik „Publikationen“).
- **Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**  
Von 2017 bis 2021 wird eine umfassende "Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen" als erste Erhebung ihrer Art in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Diese empirische Studie untersucht, inwiefern sich Beeinträchtigung und Behinderung auf Möglichkeiten der Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen auswirkt.  
Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat bereits im September letzten Jahres einen Zwischenbericht veröffentlicht. Der rund 40-seitige Zwischenbericht stellt primär den Inhalt und das methodische Vorgehen der Studie dar. Den Zwischenbericht und eine Zusammenfassung in Leichter Sprache finden Sie [hier](#).
- **Neue bundesweite unabhängige Beschwerdestelle der Lebenshilfe**  
Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat eine neue bundesweite unabhängige Beschwerdestelle für die Lebenshilfe (bubl) eingerichtet. Sie soll ein Anlaufpunkt für Nutzer von Angeboten der Lebenshilfe, ihre Angehörigen sowie Freunde und auch Mitarbeiter der Lebenshilfe sein und die Qualitätssicherung vor Ort unterstützen und sinnvoll zu ergänzen. Des Weiteren hat die Lebenshilfe ihre [Checklisten](#) zur Gewaltprävention angepasst.  
Weitere Informationen zur Zielgruppe, den Inhalten und Kontaktmöglichkeiten finden Sie [hier](#).

- **Aktualisierte Statistiken zur Arbeitslosigkeit in Deutschland**  
 Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht regelmäßig aktualisierte Statistiken zur Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Zahlen arbeitsloser schwerbehinderter Menschen vom Dezember 2017 zeigen eine gleichbleibende Anzahl von arbeitslosen schwerbehinderten Menschen in Deutschland. Demnach waren im Dezember 2017 insgesamt 157.452 schwerbehinderte Menschen arbeitslos. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der Grünen zum Frauenanteil in der Selbstverwaltung**  
 Der Frauenanteil in der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens ist Thema einer Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 19/458). Frauen seien in den Organen der Verwaltung und in den Gremien der Krankenkassen immer noch unterrepräsentiert. In den Kassengremien liege der Frauenanteil zwischen elf und 27%. Auch in den Gremien der ärztlichen Selbstverwaltung seien Frauen unterrepräsentiert. Die Abgeordneten fragen die Bundesregierung nun konkret nach dem Frauenanteil in den jeweiligen Organen der Selbstverwaltung und den politischen Schlussfolgerungen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Ein Europa der Gleichberechtigung: Europäische Kommission setzt sich für Frauenrechte ein**  
 Die Europäische Kommission eröffnete am 20.11.2017 das alljährliche Grundrechte-Kolloquium, das in diesem Jahr unter dem Motto „Frauenrechte in turbulenten Zeiten“ steht. In einer ebenfalls veröffentlichten neuen Eurobarometer-Umfrage wird unterstrichen, dass die Gleichstellung der Geschlechter in den EU-Mitgliedstaaten nach wie vor nicht erreicht ist. Um das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu beseitigen, kündigt die Kommission einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen an, der bis zum Ende ihrer Amtszeit im Jahr 2019 umgesetzt sein soll. Zu den wichtigsten Diskussionsthemen des zweitägigen Kolloquiums zählen sexuelle Belästigung, Gewalt gegen Frauen, das Lohngefälle und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Startschuss für das Frauennetzwerk zur globalen Gesundheitspolitik in Deutschland - "Women in Global Health - Germany"**  
 Das neue Frauennetzwerk "Women in Global Health - Germany" wurde am 12. Januar 2018 in Berlin vorgestellt. Es soll Frauen in Führungspositionen im Bereich der globalen Gesundheit stärken. Denn gerade in dem stark von weiblichen Fachkräften geprägten Gesundheitsbereich sind die Führungspositionen überwiegend von Männern besetzt. Das Netzwerk wurde auf Anregung von Prof. Dr. Ilona Kickbusch, Graduate Institute of International Development Studies in Genf, und Dr. Sabine Ludwig, Charité Berlin/Robert Koch-Institut, gegründet. Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).
- **Psychische Erkrankungen verursachen weiter häufige Fehlzeiten - Ausgaben für Krankengeld höher als für Psychotherapie**  
 Psychische Erkrankungen führen weiterhin häufig zu überdurchschnittlich langen Krankschreibungen von Arbeitnehmern. Das ergab eine aktuelle Übersicht der Bundespsychotherapeutenkammer über die Dauer und Gründe von Arbeitsunfähigkeit im Jahr 2016. Danach nahmen die Tage, die Arbeitnehmer wegen psychischer Erkrankungen krankgeschrieben waren, noch leicht zu, von 14,1 Prozent im Jahr 2015 auf 14,7 Prozent im Jahr 2016. Damit sind psychische Erkrankungen der zweithäufigste Grund für betriebliche Fehlzeiten nach den Muskel-Skelett-Erkrankungen. Die Anzahl der psychisch bedingten Krankschreibungen hat im Vergleich zum vergangenen Jahr sogar noch stärker zugenommen - von 5,1 auf 6,2 Prozent. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Höchste psychische Belastungen im Gesundheits- und Sozialwesen**  
 Im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Verwaltung und bei den Sozialversicherungsträgern sowie im Bereich Erziehung und Unterricht fehlen Arbeitnehmer überdurchschnittlich häufig wegen psychischer Erkrankungen. Deutlich seltener sind psychisch bedingte Fehltage im produzierenden Gewerbe wie beispielsweise im Maschinenbau, im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft. Dies ist

ein Ergebnis des Berichts der Bundesregierung zur Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit für das Jahr 2016. Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Den Bericht der Bundesregierung finden Sie [hier](#).

- **Humanistische Psychotherapie kein wissenschaftlich anerkanntes Psychotherapieverfahren**  
Die Humanistische Psychotherapie kann nicht als wissenschaftlich anerkanntes Psychotherapieverfahren gelten. Zu diesem Ergebnis kommt der Wissenschaftliche Beirat Psychotherapie (WBP) in seinem Gutachten, das er heute auf seiner Homepage veröffentlicht hat. „Für eine wissenschaftliche Anerkennung als Psychotherapieverfahren fehlen den 10 psychotherapeutischen Ansätzen der Humanistischen Psychotherapie insbesondere qualitativ hochwertige Studien für ihre Wirksamkeit bei Angststörungen,“ erläutert Prof. Dr. Gereon Heuft, der erste Vorsitzende des WBP. „Damit kann die Humanistische Psychotherapie nicht als Verfahren für die vertiefte Ausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten empfohlen werden.“ Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Ergebnispapier der Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU und SPD**  
CDU, CSU und SPD haben sich am 12. Januar 2018 auf folgende Ergebnisse der Sondierungsgespräche geeinigt. Das Papier finden Sie [hier](#).
- **Studie des Robert-Koch-Institutes „Gesund älter werden in Deutschland“**  
Der Anteil von Menschen ab 65 Jahren und insbesondere ab 80 Jahren in der Bevölkerung wächst zunehmend. Gleichzeitig werden gerade ältere Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und in benachteiligten Lebenssituationen sowie hochaltrige Personen in den Gesundheitssurveys des RKI besonders schlecht erreicht. Für eine an die Realität des demografischen Wandels angepasste Gesundheitsberichterstattung und die Beratung der Gesundheitspolitik ist eine bessere Einbindung gerade dieser Zielgruppen entscheidend. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Gemeinsames rechtliches Vorgehen gegen Gewalt im Internet – Prof. Dr. Ulrike Lembke**  
Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Dezember 2017 eine interessante Studie zum Thema „Kollektive Rechtsmobilisierung gegen digitale Gewalt“ veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Europäische Kommission richtet Fonds ein zur Prävention und Bekämpfung gewalttätiger Radikalisierung**  
Die Europäische Kommission schreibt im Rahmen des Fonds für innere Sicherheit (Internal Security Fund – Police (ISF)) einen Aufruf zum Thema „Prävention und Bekämpfung gewalttätiger Radikalisierung“ aus. Die Einreichfrist endet am 15.03.2018. Die Ziele des Aufrufs sind:
  - Sensibilisierung, Schutz und Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Einzelpersonen und insbesondere gefährdeter Gruppen (wie Kindern, Jugendlichen usw.) in Bezug auf Polarisierung;
  - Entwicklung gezielter Exit-Programme, die es radikalisierten Personen ermöglichen, auf der Grundlage eines integrierten, agentenübergreifenden Ansatzes eine De-Radikalisierung durchzuführen und sich zu entkoppeln und zu rehabilitieren.Insgesamt stehen für diesen Aufruf 3 Mio. Euro zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Europäische Kommission beurteilt den Gesundheitszustand in der EU**  
Nur durch neue Denkansätze können wir sicherstellen, dass unsere Gesundheitssysteme funktionsfähig bleiben und eine patientenzentrierte Versorgung gewährleisten. Dies geht aus den 28 länderspezifischen Gesundheitsprofilen hervor, die die Kommission am 23.11.2017 zusammen mit einem Begleitbericht veröffentlicht hat. In den Berichten werden die Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedstaaten eingehend analysiert.  
Dabei geht es um die Gesundheit der Bevölkerung und wichtige Risikofaktoren sowie die Effizienz, Zugänglichkeit und langfristige Tragbarkeit der Gesundheitssysteme in allen Mitgliedstaaten.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Förderung zum 5. Mai 2018; Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen durch die Aktion Mensch**

Unter dem Motto "Inklusion von Anfang an!" möchte die Aktion Mensch auch in diesem Jahr rund um den Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung Möglichkeiten schaffen, bei denen sich Menschen mit und ohne Behinderung begegnen. Dazu werden Sie aufgerufen, im Aktionszeitraum vom 28. April bis 13. Mai 2018, eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung durchzuführen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Kinder und Jugendliche

---

- **Abschlussbericht zum APK-Projekt "Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Deutschland - Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse" vom Bundesministerium für Gesundheit**

Der Bericht ist auf der BMG-Internetseite unter der Rubrik "Publikationen" eingestellt: [Abschlussbericht / Kurzbericht](#)

Außerdem sind beide Berichte auf der [BMG-Seite](#) zur Kindergesundheit veröffentlicht.

- **Neues Portal für Kinder aus Problemfamilien**

Alkoholranke Mutter, depressiver Vater oder gewalttätige Großeltern: Millionen Kinder und Jugendliche leiden an schwierigen Familienverhältnissen. Jetzt startet eine Online-Plattform für junge Menschen, die nach Hilfe suchen.

Auf der Startseite wählen die jungen Menschen aus Problemfamilien direkt eine Situation aus, unter der sie beziehungsweise, besser gesagt, ihre Angehörigen leiden: Drogensucht, Glücksspielsucht, Gewalt oder psychische Erkrankungen. Anschließend finden sie zum jeweiligen Thema Informationen, Ratgeber, einen Überblick über "Deine Rechte" und lokale Ansprechpartner.

Über einen großen, roten "Online Beratung"-Button gelangen Hilfesuchende direkt in das elektronische Nachrichtensystem. Kidkit wirbt damit, innerhalb von 48 Stunden zu antworten und die Anliegen anonym, diskret sowie kostenlos zu behandeln. Alle zwei Wochen bietet die Plattform einen Chat an, zu dem sich die Kinder und Jugendlichen kurz vorher anmelden müssen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Informationen zur Versorgung von Geflüchteten

---

- **Impulspapiere für Gesundheitsförderung mit Geflüchteten**

Seit Mai 2016 beschäftigt sich der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit verstärkt mit dem Thema Gesundheitsförderung und Prävention mit Geflüchteten. Dazu wurde auf Beschluss des Beratenden Arbeitskreises eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich inhaltlich dem Thema nähert. Ein wesentlicher Schritt in diesem Prozess war die inhaltliche Gestaltung der Satellitenveranstaltung zum [Kongress Armut und Gesundheit](#) im März 2017. Unter dem Motto „Fluchtpunkt Kommune“ widmete sie sich der Gesundheitsförderung mit Geflüchteten und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Dokumentation der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Auf der Satellitenveranstaltung wurden viele innovative und vielversprechende Ansätze der Gesundheitsförderung mit Geflüchteten vorgestellt. Das erste erschienene Impulspapier finden Sie [hier](#).

- **Kammerprojekt: "Lost in Integration" - Gesprächsgruppen für Spanisch oder Portugiesisch sprechende Migrant\*innen**

Die PTK Berlin organisiert mithilfe einer großen Krankenkasse für Spanisch und Portugiesisch sprechende MigrantInnen ein kostenfreies Integrationsangebot: Geboten werden jeweils acht Gespräche in der Gruppe mit erfahrenen Psychotherapeuten und Psychologen aus dem genannten Sprachraum. Die Plätze sind limitiert! Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Angestellte

---

- **Erfolgreiche Angestellten-Fachtagung von ver.di und BPtK 22.01.2018**

Am 7. Dezember 2017 fand die zweite gemeinsame Fachtagung von ver.di und der BPtK statt. Geladen waren PP und KJP, die sich in der betrieblichen Mitbestimmung, den Landeskammern und Fachverbänden für die Interessen der angestellten PsychotherapeutInnen engagieren. Auch etliche KollegInnen des DGVT-Berufsverbands, die sich in Betriebsräten, in den Angestelltenausschüssen der Landeskammern und im Ausschuss „Psychotherapie in Institutionen“ der BPtK engagieren, nahmen an der Tagung teil und gestalteten das Programm mit.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Ver.di berichtet [hier](#) ebenfalls ausführlich über die Tagung.
- **Fortbildungstermine und Informationsmaterial zur Psychosomatischen Reha-Nachsorge**

Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) bietet ihren Versicherten ab 2019 die Psychosomatische Reha-Nachsorge an. Das Projekt "Psy-RENA" leitet Rehabilitand\*innen mit psychischen Erkrankungen an, Selbstmanagement-Fertigkeiten im Alltag und im Beruf erneut zu erlernen.  
Ab April 2018 führt die DRV Fortbildungsveranstaltungen zu dem Projekt durch. Qualifizierte Psychotherapeut\*innen sind daraufhin befugt, Gruppentherapiegespräche im Rahmen von Psy-RENA anzuleiten. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **ver.di für »Psych-PVplus«**

Zur Neugestaltung der Personalbemessung in der stationären psychiatrischen Versorgung legt ver.di Prüfsteine vor, an denen das Ergebnis der laufenden Beratungen im G-BA gemessen wird. Für eine bedarfsgerechte Personalausstattung, die gute Versorgung ohne Gesundheitsgefährdung der Beschäftigten möglich macht. Die gestiegenen Anforderungen müssen sich in einer verbesserten Personalausstattung widerspiegeln. ver.di setzt sich deshalb für eine „Psych-PVplus“ ein.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Niedergelassene

---

- **Aktuelle DGVT-BV-Übersicht zum EBM (1. Quartal 2018) steht zur Verfügung im internen Mitgliederbereich**

Der EBM für das 1. Quartal 2018 ist [online](#) (mit allen Änderungen, die seit 1.1.2018 gelten. Der Orientierungspunktwert (OPW) wurde um 1,18 % erhöht, d.h. es gelten neue Euro-Beträge!). Eine aktualisierte DGVT-BV-Übersicht zum EBM (1. Quartal 2018) ist in unserem internen Mitgliederbereich veröffentlicht: <https://www.dgvt-bv.de/mitgliederbereich/niedergelassene/mustervorlagen/>
- **Terminservicestellen ab 1.4.2018 auch für Vermittlung probatorischer Stunden zuständig**

Die Terminservicestellen (TSS) müssen zukünftig auch Termine für probatorische Sitzungen bei Psychotherapeut\*innen vermitteln, wenn eine zeitnahe Behandlung erforderlich ist.  
Das hat das Bundesschiedsamt im November 2017 gegen die Stimmen der KBV entschieden. Bevor die Änderung in Kraft treten kann, muss zunächst die Psychotherapie-Vereinbarung angepasst werden. Unter anderem ist das Formular PTV 11 zu überarbeiten. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **ICD-10-GM: Version für 2018 veröffentlicht**

Die Grundlage für die Kodierung der Behandlungsdiagnosen ist aktualisiert worden. Die Version 2018 der ICD-10-GM trat zum 1. Januar 2018 in Kraft und ist in den Praxisverwaltungssystemen hinterlegt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Notfalldienst**

Auf der überarbeiteten Internetseite der KBV zur bundesweiten Rufnummer für den ärztlichen Bereitschaftsdienst 116117 finden Patient\*innen jetzt auch die nächstgelegene Bereitschaftsdienstpraxis.

Die Suche funktioniert ebenfalls über die aktualisierte BundesArztsuche-App. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Zi widerspricht Studie zu Terminvergabe: „Von Budgetferien keine Spur“**  
Niedergelassene Vertragsärzt\*innen vergeben zum Quartalsende weniger Termine für Kassenpatient\*innen. Diesen Vorwurf machte eine Hamburger Studie jüngst den Kassenärzt\*innen. Zu Unrecht, sagt jetzt das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi) und verweist auf eigene Auswertungen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **5. Forum „Von der Praxis für die Praxis“: Erweiterung der Verordnungsbefugnisse für PP und KJP**  
09.01.2018: Am 12.10.2017 fand das 5. Forum der Veranstaltungsreihe der PTK Berlin "Von der Praxis für die Praxis" zur neuen Psychotherapie-Richtlinie mit dem Fokus auf die Erweiterung der Verordnungsbefugnisse für PP und KJP statt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Therapieangebot: Aufsuchende Therapie bei schwerer Agoraphobie**  
Die Spezialambulanz für Angsterkrankungen der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Charité, Campus Mitte, führt in Kooperation mit dem Zentrum für Psychotherapie der Humboldt-Universität (ZPHU) und dem Sozialpsychiatrischen Dienst (SpD) bis Oktober 2019 eine durch Mittel der LOTTO-Stiftung Berlin finanzierte Therapiestudie durch. Im Rahmen dieser Studie sollen insgesamt 20 Patient\*innen, die aufgrund einer schweren Agoraphobie ihr Zuhause nicht mehr eigenständig verlassen können, mit einer Kognitiven Verhaltenstherapie behandelt werden, die direkt im häuslichen Umfeld der Patient\*innen begonnen wird. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kritik an langen Wartezeiten - Grüne fordern Ausbau von Psychotherapie**  
Aus Sicht der Grünen sind die Wartezeiten für psychisch Kranke hierzulande unzumutbar. Sie fordern die Zulassung von deutlich mehr Psychotherapeuten - vor allem auf dem Land.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **BMG-Kritik an Terminservicestellen: „So gelingt keine Arztvermittlung!“**  
Der Druck auf die Kassenärztlichen Vereinigungen beim Thema Terminservicestellen wächst. Kritik an der schlechten Erreichbarkeit kommt jetzt von höchster Stelle. „Der Wille des Gesetzgebers auf eine zeitnahe Psychotherapeuten- oder Facharzttermin-Vermittlung muss umgehend überall umgesetzt werden“, fordert Ingrid Fischbach (CDU), Patientenbeauftragte der Bundesregierung. Bei Testanrufen seien sieben Stellen bei zwei von drei Testanrufen während ihrer Öffnungszeiten nicht erreichbar gewesen, teilte die Beauftragte heute in Berlin mit. Seit Anfang 2016 sind die KVen gesetzlich verpflichtet, Facharzttermine zu vermitteln, wenn die Patienten selbst keinen Arzttermin bekommen können. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Die Süddeutsche Zeitung online (2.1.2018) folgert aus den aktuellen Daten der KBV: Großer Bedarf an Psychotherapie**  
Patienten nutzten 2017 deutlich häufiger als im Vorjahr den Terminservice der Ärzte. Diese müssten den Zugang aber einfacher machen, fordert ein Patientenschützer. Besonders gefragt waren dabei Psychotherapie-Termine: Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Befragung von Therapeut\*innen über existenzielle Perspektiven in der psychotherapeutischen Arbeit**  
Derzeit wird an der Universität Zürich am Lehrstuhl für Klinische Psychologie mit Schwerpunkt Psychotherapieforschung eine Forschungsreihe über existenzielle Perspektiven in der psychotherapeutischen Arbeit durchgeführt.  
Um die Bedeutung existenzieller Problemlagen für die therapeutische Praxis besser zu verstehen, untersucht eine aktuelle Online-Befragung die individuellen Zugänge und Strategien von Therapeut\*innen verschiedener Orientierungen für die Auseinandersetzungen mit „lebensphilosophischen“ Themen und Fragen ihrer Patient\*innen. Ärztliche und Psychologische Psychotherapeut\*innen im deutschsprachigen Raum sind herzlich eingeladen, an der ca. 30-minütigen anonymen Umfrage teilzunehmen. Zur Umfrage kommen Sie [hier](#).



Für Fragen zur Untersuchung, wenden Sie sich bitte per Mail an [christoph.hoermann@psychologie.uzh.ch](mailto:christoph.hoermann@psychologie.uzh.ch) oder telefonisch an +41 44 635 73 25.

- **Telematikinfrastruktur – Frist für den Anschluss verlängert**  
Zum 1. Juli 2017 sollte das Versichertenstammmanagement (VSDM) als erste Anwendung im Kontext der Telematikinfrastruktur (TI) starten. Dabei geht es um die Online-Prüfung und die Online-Aktualisierung der auf der Gesundheitskarte gespeicherten Daten der Versicherte. Bis zum 1.7.2018 sollte diese Anwendung für alle Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeut\*innen verpflichtend sein, sonst droht ein Abzug von 1 % der Honorarvergütungen. Das Bundesministerium für Gesundheit hat nun eine Verordnung erlassen, wonach der Termin vom 1. Juli 2018 auf den 31. Dezember 2018 verschoben wurde. Der Bundesrat hat bereits zugestimmt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Kostenerstattung

---

- **Kassenwatch.de: DGVT-Berufsverband stärkt die Unterstützung für Mitglieder in der Kostenerstattung mit einem interaktivem Meldesystem zu Schwierigkeiten mit den Krankenkassen: Machen Sie mit!**  
Nicht erst seit der Reform der Psychotherapie-Richtlinie vom 1.4.2017 gibt es immer wieder Schwierigkeiten in der Beantragung und Abrechnung von Therapien über das Kostenerstattungsverfahren. Seit diesem Datum hat sich die Situation für Patient\*innen derart verschärft, dass langwierige Antragsverfahren mit Ablehnungen und Widersprüchen eher die Regel als die Ausnahme geworden sind. Der DGVT-BV reagiert hierauf und startet im Frühjahr 2018 mit Kassenwatch.de eine interaktive Plattform, auf der unsere Mitglieder gemeinsam ihre Einzelfälle in kollegialer Zusammenarbeit zu einem Gesamtbild zusammenfügen können. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Treffpunkt Kostenerstattung im Rahmen des DGVT-Kongresses: Das Kassenwatch-Team und die Projektbeauftragte Felicitas Bergmann laden ein zum Informationsaustausch zur Psychotherapie in der Kostenerstattung**  
Folgende Themen sollen zur Sprache kommen: Neue Strategien im Umgang mit den Krankenkassen (Antragstellung, Stundenkontingente, Widerspruch), Vorstellung des Projekts „Kassenwatch“ (interaktive Datenbank, in der einzelne Fallmeldungen zu Ablehnungen, Verzögerungen oder Rechnungskürzungen durch Kassen in der Kostenerstattung erfasst werden können), aktuelle rechtliche Informationen zur Kostenerstattung Angeboten werden zwei Termine (inhaltlich identisch) im Rahmen des DGVT-Kongresses. Interessierte sind herzlich eingeladen!

Datum: Donnerstag, 01.03.2018 und Samstag, 03.03.2018 jeweils von 16:15 – 17:00 Uhr, Raum KL 32/102 (FU Berlin, Rost- und Silberlaube)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Rechtliches

---

- **Neues Mutterschutzrecht ab dem 01.01.2018**  
Zum 01.01.2018 tritt die Novelle des Mutterschutzrechts in Kraft. Neben einer systematischen Umstellung und insbesondere Zusammenfassung und damit Aufhebung der bisherigen Verordnung zum Schutz der Mütter am Arbeitsplatz kommt es auch zu einigen durchaus beachtenswerten Änderungen. Hierbei spielen sowohl die Erweiterung des personellen Anwendungsbereichs eine wichtige Rolle als auch eine Flexibilisierung der Beschäftigungsmöglichkeiten von stillenden und schwangeren Arbeitnehmer\*innen. In bestimmten Ausnahmefällen kann es zu einer Verlängerung der Dauer des mutterschutzrechtlichen Kündigungsverbotes kommen. Dies ist aber im Einzelfall genau zu prüfen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Neues zum MVZ in der Rechtsprechung des BSG**

Das Bundessozialgericht hat nunmehr mit Urteil vom 11.10.2017, Az. B 6 KA 38/16 R, entschieden, dass durch die Verlegung von genehmigten Anstellungen keine neuen MVZ gegründet werden können. In einem weiteren Urteil vom 29.11.2017, Az. B 6 KA 31/16 R, heißt es, dass Vertragsärzte nicht auf ihre Zulassung verzichten müssen, um in ihrer Ärzte-MVZGmbH tätig zu werden. Außerdem hat das BSG mit dem Urteil vom 11.10.2017, Az. B 6 KA 27/16 R, entschieden, dass ein Antrag auf Umwandlung einer genehmigten Anstellung in eine Zulassung gem. § 95 Abs. 9 b SGB V gestellt werden muss, solange das MVZ zugelassen ist. Wird ein solcher Antrag erst nach Beendigung der Zulassung des MVZ gestellt, können die vorhandenen Arztstellen also nicht mehr wirtschaftlich verwertet werden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Studienplatzvergabe in Medizin zum Teil verfassungswidrig**

Auch künftig wird nur ein Teil der Bewerber um einen Studienplatz in Humanmedizin zum Zuge kommen können. Der Staat muss nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Vergabe aber gerechter regeln. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Kein Streikrecht für Niedergelassene – Verfassungsbeschwerde erhoben**

Das Bundessozialgericht (BSG) hat am 30.11.2016 (Aktenzeichen B6 KA 38/15 R) entschieden, dass Vertragsärzten kein Streikrecht zusteht. Ein Vertragsarzt aus Baden-Württemberg hatte seine Praxis im Herbst 2012 an zwei Tagen geschlossen und für eine ordnungsgemäße Vertretung bzw. Notfallversorgung gesorgt. Er teilte seiner Kassenärztlichen Vereinigung (KV) mit, dass er die Praxis wegen der Teilnahme an einem Streik für zwei Tage schließe. Die Kassenärztliche Vereinigung erkannte hierin einen Verstoß gegen vertragsärztliche Pflichten und erteilte einen disziplinarischen Verweis. Hiergegen hatte der Vertragsarzt geklagt. Das BSG hob hervor, der Kläger habe durch die Teilnahme an dem Warnstreik seine vertragsärztlichen Pflichten verletzt, der gegen ihn ausgesprochene disziplinarische Verweis sei daher rechtmäßig. Der Kläger hat in dieser Frage nun das Bundesverfassungsgericht angerufen. Über die Annahme der Verfassungsbeschwerde ist wohl noch nicht entschieden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Aus der DGVT

---

- Psychotherapeutische Versorgung: Chancen ergreifen!**

Presseinformation der DGVT und des DGVT-Berufsverbands

Monate- manchmal sogar jahrelange Wartezeiten auf einen ambulanten Therapieplatz sind nach wie vor an der Tagesordnung. Jüngste Versuche, daran durch die verpflichtende Einführung von Sprechstunden in psychotherapeutischen Praxen und die Vergabe von Terminen durch die Termin-Service-Stellen der Kassenärztlichen Vereinigungen etwas zu ändern, laufen erwartungsgemäß ins Leere, solange die verfügbare Kapazität an psychotherapeutischer Behandlung nicht erhöht wird. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- 30. DGVT-Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung vom 28. Februar bis 4. März 2018 in Berlin**

Die DGVT veranstaltet 2018 wieder den Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung. Thema dieses Kongresses ist Free Your Mind: Psychotherapie im Wandel. Pre-Kongress-Workshops, 4. Spring School für Promovierende und Eröffnung des Kongresses mit dem Vortrag von Prof. Dr. Leslie S. Greenberg „Emotions in the Process of Change“ am Mittwoch, 28. Februar 2018 um 18:00 Uhr. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Situationsanalyse zum Stand der Sozial- und Teilhabeplanung in Baden-Württemberg**

Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KJVS) hat eine Situationsanalyse zum Stand der Sozial- und Teilhabeplanung in Baden-Württemberg veröffentlicht. Damit stellt der KVJS einen Gesamtüberblick für Baden-Württemberg zu einem einheitlichen Stichtag, bezogen auf landesweite Strukturdaten im Bereich der Behindertenhilfe und der Sozialpsychiatrie bereit. Die Situationsanalyse zeigt differenziert auf, für wie viele Leistungsempfänger die Stadt- und Landkreise Leistungen der Eingliederungshilfe gewähren und wie viele Menschen unterstützt werden. Sie liefert eine fundierte Planungsgrundlage für die Stadt- und Landkreise und kann wichtige Anregungen für eine Weiterentwicklung der Unterstützungssysteme in Baden-Württemberg geben. Eine besondere Bedeutung für die Steuerung kommt dabei den "Neufällen" zu, die erstmals landesweit und systematisch erhoben wurden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Bayern - Werden psychisch auffällige Kinder und Jugendliche optimal unterstützt?**

Kann die Versorgung von psychisch gestörten und auffälligen 3- bis 17-jährigen Kindern und Jugendlichen durch zielgerichtete Behandlungsleitfäden verbessert werden? Diese Frage steht im Zentrum einer Befragung bei Betroffenen und deren Eltern, die mit Hilfe des Innovationsfonds im kommenden Jahr in München gestartet wird. Gemeinsam ziehen bei diesem Projekt der Landesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) Bayern, die Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), das Helmholtz Zentrum München und die Vereinigung der Kinder- und Jugendärzte (PaedNetz Bayern) an einem Strang. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Niedersachsen - In 35 Gesundheitsregionen fließt weiter Geld**

Niedersachsen will das Projekt der 35 Gesundheitsregionen im Land fortsetzen. Seit Ende 2014 werden niedersächsische Landkreise und kreisfreien Städte dabei unterstützt, neue Konzepte der Gesundheitsversorgung zu entwickeln und umzusetzen.

Dafür stellte das Land seit 2014 jährlich 600.000 Euro zur Verfügung. Diese Förderung soll ab 2018 für mindestens drei Jahre fortgesetzt werden. Außer dem Land Niedersachsen fördern die KV Niedersachsen, die AOK Niedersachsen, die Ersatzkassen sowie der BKK Landesverband Mitte pro Jahr mit 430.000 Euro. Die Ärztekammer unterstützt das Projekt seit diesem Jahr mit 30.000 Euro.

Insgesamt beteiligen sich bereits 35 Gesundheitsregionen und erhielten bisher zum Aufbau der erforderlichen Arbeitsstrukturen jeweils bis zu 25.000 Euro. Maximal 13.000 Euro werden künftig pro Jahr für eine Gesundheitsregion bereitgestellt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **NRW - Antwort auf die Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zur Altersarmut**

Das Ergebnis: Altersarmut wird in Nordrhein-Westfalen zu einem immer größeren Problem. Altersarmut droht zu einer Alltagserscheinung zu werden. Die Armutsrisikoquote in NRW ist in nur einem Jahrzehnt von etwa zehn auf fast 16 Prozent angewachsen. Gleichzeitig hat die Zahl derjenigen, deren Rente noch nicht einmal oberhalb der Grundsicherung liegt, ebenso einen Sprung nach oben gemacht. Besonders von Altersarmut bedroht sind Frauen. Ihre Renten sind im Durchschnitt nur gut halb so hoch wie die der Männer.

Die Antwort der Bundesregierung können Sie [hier](#) herunterladen.

Die [Rheinische Post](#) berichtet. Auch die [Westdeutsche Zeitung](#) hat die Kleine Anfrage aufgegriffen. Ebenso der [Kölner Stadt-Anzeiger](#). Und die [Welt](#).

Eine Auswertung der Kleinen Anfrage zur Altersarmut in NRW finden Sie [hier](#).
- **Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in NRW**

Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) hat den "Entwurf eines Ausführungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes" in das parlamentarische Verfahren eingebracht.

Durch das vorgelegte Artikelgesetz wird u. a. festgelegt, dass grundsätzlich die Landschaftsverbände die zuständigen Träger der Eingliederungshilfe für die Fachleistungen an Menschen mit Behinderung sind sowie die Kreise und kreisfreien Städte die zuständigen Träger der Eingliederungshilfe für Fach-

leistungen an Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen bis zum Abschluss einer ersten allgemeinen Schulausbildung. Den Gesetzentwurf vom 7.12. finden Sie [hier](#).

- **Westfalen-Lippe: Die Zahl der Organspenden ist in Deutschland auf dem niedrigsten Niveau, seitdem diese Zahlen dokumentiert werden. Ein Umdenken scheint erforderlich.**

Die Deutsche Stiftung Organtransplantation weist für 2017 noch 797 Organspender aus, 2016 spendeten 857 Menschen Organe. Vor zehn Jahren waren es 1313, 40 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Vor diesem Hintergrund fordert der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Theodor Windhorst, ein konsequentes Umdenken bei der Organspende. „Wir brauchen jetzt die Systemänderung, um das Leiden der kranken Menschen auf der Warteliste für ein neues lebensrettendes Organ nicht noch weiter zu vergrößern. Unser Organspende-System hat versagt.“ Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) in Potsdam**

Am 6. und 7. Dezember 2017 hat die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) in Potsdam getagt und dabei umfassende Beschlüsse gefasst, u. a. zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, zur Inklusion für junge Menschen mit Behinderung, zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung, zur Einführung einer Kindergrundsicherung, zur Anrechnung von Pflegezeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Das externe Ergebnisprotokoll bzw. die Beschlüsse finden Sie [hier](#).

- **Das Gesundheitswesen in Sachsen**

Das Gesundheitswesen in Sachsen wird bis 2030 viele Veränderungen erleben müssen, damit es auch dann noch die Einwohner des Freistaats "ausreichend und qualitativ hochwertig" versorgen kann. Diese Ansicht vertreten vier Spitzenrepräsentanten des sächsischen Gesundheitssystems, die sich in einem gemeinsamen Thesenpapier Gedanken zur Zukunft des Gesundheitswesens gemacht haben, wie es in zwölf Jahren aussehen wird.

Die vier Autoren Erik Bodendieck (Präsident der Landesärztekammer), Klaus Heckemann (Vorstandsvorsitzende der KV Sachsen), Rainer Striebel (Vorstandschef der AOK Plus) und Hubertus Jaeger (Vorstandschef der Landeskrankengesellschaft) wollen nach eigenen Angaben "Lösungsansätze aufzeigen", um auf künftige Herausforderungen bei der Sicherstellung der medizinischen Versorgung reagieren zu können. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Transplantation - Thüringen gründet Bündnis für Organspende**

Weil die Zahl der postmortal übertragenen Spendeorgane rückläufig ist, soll nun mehr Aufklärungsarbeit betrieben werden. Angesichts des anhaltenden Mangels an Spenderorganen ist in Thüringen ein Aktionsbündnis Organspende gegründet worden. Es soll der weit verbreiteten Skepsis gegenüber der Organspende vor allem durch Aufklärungsarbeit entgegenwirken. In dem Bündnis sind unter anderem Landesärztekammer, Landeskrankengesellschaft, gesetzliche Krankenkassen, Deutsche Stiftung Organtransplantation, Patientenvertreter, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Wissenschaft vertreten.

Auch in Thüringen ist die Zahl der postmortal übertragenen Spenderorgane rückläufig. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine – DGVT-Fortbildung

---

- **8. Sommerakademie Spiritualität und Sinnsuche in der Psychotherapie**  
21.-23. Juni 2018 in Rostock-Warnemünde.  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie und japanische Kampfkunst**  
14.-15.04.2018 in Potsdam  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Überwindung chronischen Aufschiebeverhaltens**  
21. April 2018 in Frankfurt a. M.

- Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Internetbasierte Gesundheitsinterventionen in der Psychotherapie**  
21. April 2018 in München  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
  - **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) - Aufbau**  
11.-12. Mai 2018 in München  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
  - **Traumatherapie (DGVT)**  
Start der Reihe: 12. Mai 2018 in München  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
  - **Psychotherapie bei chronischer Depression - Weiterbildung zum/zur CBASP Therapeut\*in**  
Start der Reihe: 25. Mai 2018 in Dortmund  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
  - **Energetische Psychotherapie - Exposition mit sensorischer Stimulierung – Einführungsseminar**  
01.-02. Juni 2018 in Hannover  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
  - **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie – Einführung**  
15.-16. Juni 2018 in Reutlingen  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Termine – DGVT-BV-Fortbildung

---

- **Praxisgründung**  
Referent: Benedikt A. Groh; Nächste Termine: 26. Mai 2018 in München, 9. Juni 2018 in Frankfurt am Main  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**  
Referenten: Thomas Cerny & Johann Schaffer (Rinner & Partner)  
Nächster Termin: 23. – 24. November 2018 in Frankfurt am Main  
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).